

Ereignisse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design**

Band (Jahr): **3 (1990)**

Heft 8-9

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

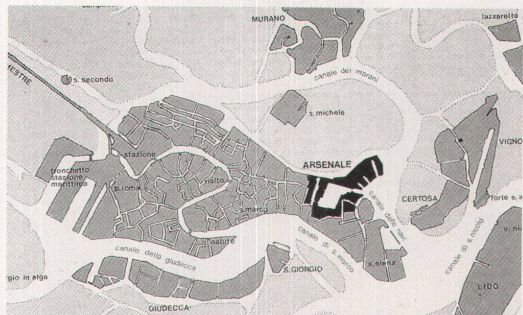
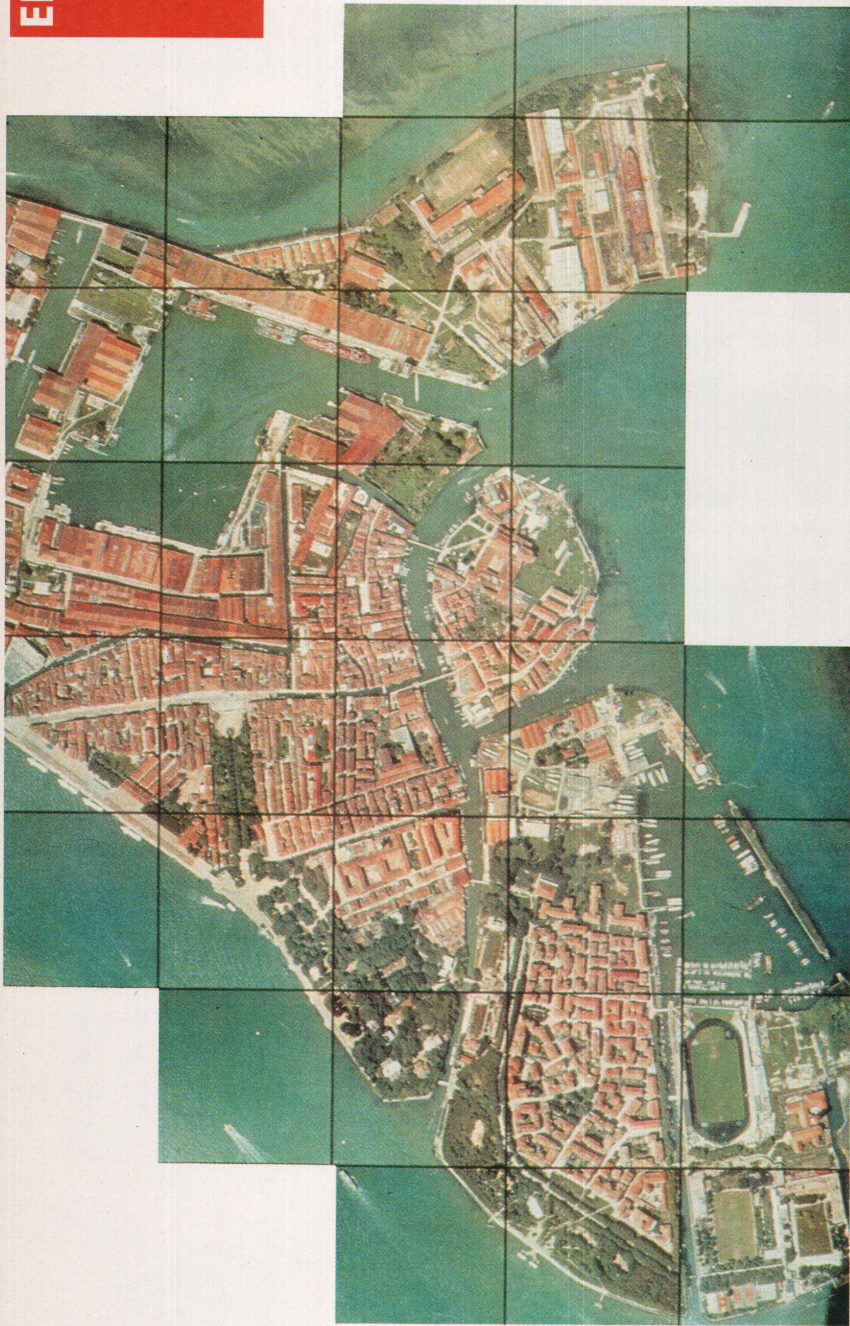
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

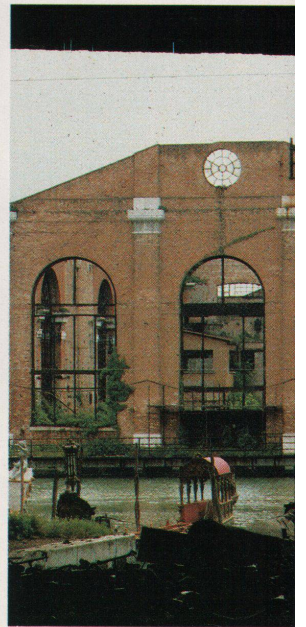
Venedig retten



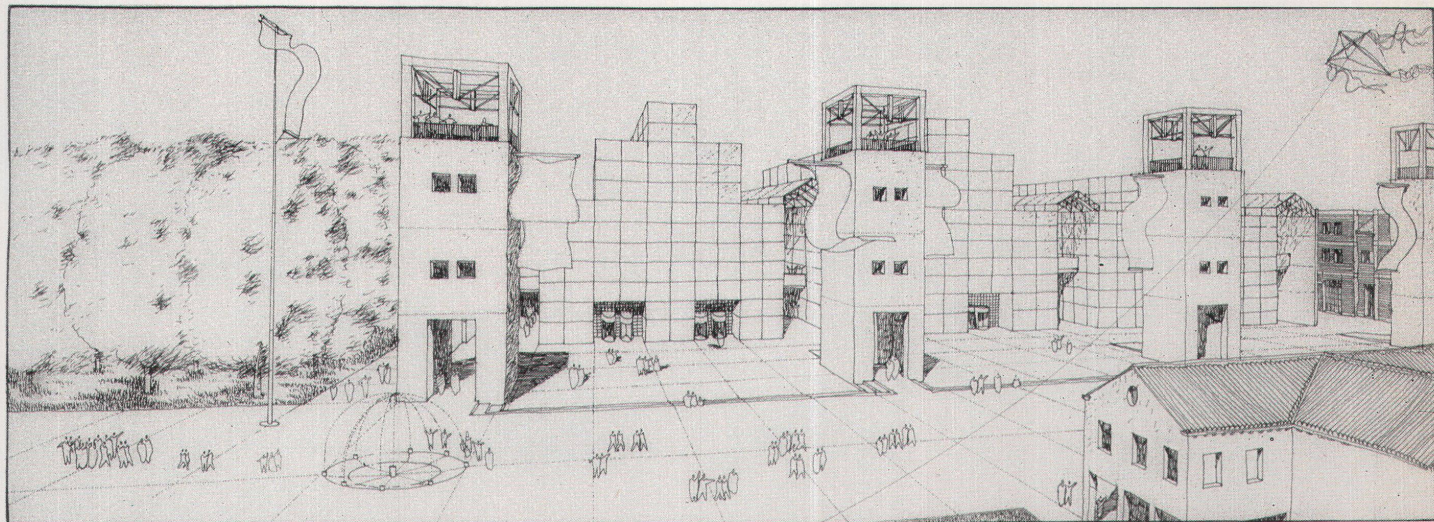
Im Jahr 2000 wird es keine Expo in Venedig geben: Unter dem Druck der halben Welt hat Italiens Regierung die Kandidatur zurückgezogen. Doch jetzt dämmert allmählich die Erkenntnis, dass sich die Front der Neinsager womöglich auf den falschen Feind eingeschossen hat: auf einen gescheiterten Plan, der Venedig die Lösung einiger seiner dringendsten Probleme ermöglichen hätte. «Hochparterre» stellt das Projekt vor, von dem bis jetzt niemand etwas wissen wollte.

Angeführt von Italiens meistgelesener Tageszeitung «La Repubblica», kräftig unterstützt von Umweltschützern, Literaten und Intellektuellen aus ganz Europa, eingespannt ins Parteienhickhack der Maiwahlen, hat die Fronte del No, die «Nein-Front», den Sieg davongetragen: Venezia Expo 2000 ist begraben. Doch dem Jubel folgt jetzt der Katzenjammer. Denn jetzt ist nicht etwa die Rettung Venedigs angesagt, sondern bloss der alte Schlendrian. Der Fortsetzungsroman um vertane Chancen und gescheiterte Initiativen ist zwar um ein Kapitel reicher. Doch noch immer sind von den 2000 Milliarden Lire (2,5 Mrd. Franken), die dank der Sondergesetze zur Sanierung Venedigs seit 20 Jahren zur Verfügung stehen, erst zehn Prozent ausgegeben. «Wir Venezianer sollten endlich aufhören, Sklaven eines Mythos zu sein, und versuchen, ein Ort der Hoffnung zu werden», sagt Stadtplaner Giorgio Lombardi, wissenschaftlicher Koordinator des Konsortiums Venezia Expo. In Opposition zum «phönizischen Fatalismus» ihrer Konservativen hatte Mitte der achtziger Jahre eine Gruppe von Architekten und Kulturschaffenden im Umfeld

der Universität Venedig die sich bietende Gelegenheit einer Kandidatur für die nächste Weltausstellung beim Schopf gepackt. Zweck der Übung: «Mit einer intellektuellen Provokation die Venezianer aus ihrem gewohnten Tramp aufzuscheuchen.» Und das ist ihnen auch gelungen. Bloss: Statt sich um den Inhalt des Projekts zu kümmern, schossen sich die Gegner unisono auf die medienwirksame Schreckensvision einer Massenveranstaltung ein, die – so lautete der Konsens – der hinfälligen Serenissima den Todesstoss versetzt hätte. Völlig unbeachtet blieb der Plan einer Weltausstellung als Anlass zur Darstellung ur-



— au



banistischer Probleme und Lösungsansätze.

Eine neue Expo-Formel

Und dafür war der Standort mehr als geeignet. Denn Venedig krankt gleich an einer ganzen Reihe von tödlichen Gleichgewichtsstörungen: Bevölkerungsrückgang und Überalterung de-

Dezentrales Ausstellungskonzept: Teilansicht des einzigen im Altstadtgebiet geplanten Areals. Die Bauten im Hintergrund wären nach der Expo als Forschungslabors genutzt worden.

Fassaden von Gebäuden im Wertareal im heutigen Zustand



zimieren die vitale Substanz der Stadt, die Auslagerung der Produktions- und Dienstleistungsbetriebe nagt am sozioökonomischen Bestand, die Verschmutzung der Lagune und die Überbauung grosser Flächen des Hinterlands haben das ökologische Gleichgewicht zerstört. Diese Probleme anzupacken und den Sanierungsprozess im Jahr 2000 der Welt vorzuführen – das hatten sich die Expo-Planer vorgenommen. Und das BIE (Bureau international des expositions) signalisierte grünes Licht, um mit der Ausstellung in Venedig die überfällige Anpassung der Expo-Formel zu vollziehen: Workshopatmosphäre statt Show, statt statischer Ausstellungen aktive Laboratorien, statt territorialer Konzentration dezentrale Verteilung auf ganze Regionen. So sollte die Expo 2000 in Venetien eine Veranstaltung der ganzen Region werden, unter Beteiligung der Städte Mestre, Padova, Verona und Venedig. Dargestellt werden sollten Ve-

nedigs Themen: Schiffsbau, Stadterhaltung und Restaurierung, elektronische Steuerungssysteme zur Eindämmung des Besucherstroms.

Als Standort des einzigen auf dem Stadtgebiet geplanten Ausstellungsteils nahmen die Expo-Planer Venedigs Arsenalen ins Blickfeld, das heute noch von der Marine beanspruchte Werftgelände, das von den Militärs bald einmal verlassen werden soll. Die Nutzung dieses Areals als Ausstellungs-, Forschungs-, Freizeit- und Wohnzone nach dem Ende der Veranstaltung war von Anfang an mit eingeplant:

– Im Schiffsbaumuseum, während der Expo und danach, hätten die noch erhaltenen Modelle und Schiffsteile aus allen Epochen ausgestellt werden sollen. Anhand der bestehenden Anlagen wären auch die technologischen Entwicklungen zur Darstellung gekommen, die den Schiffsbau seit dem Mittelalter verändert haben. Eine Mischung von traditionellem historischem Museum und Phänomene

hatten sich die Initianten hier vorgestellt.

– Die geplanten Elektrotechnikhallen sollten gleichzeitig auch Forschungslabors der Uni werden, für internationale Workshops über aktuelle Kommunikationsprobleme.

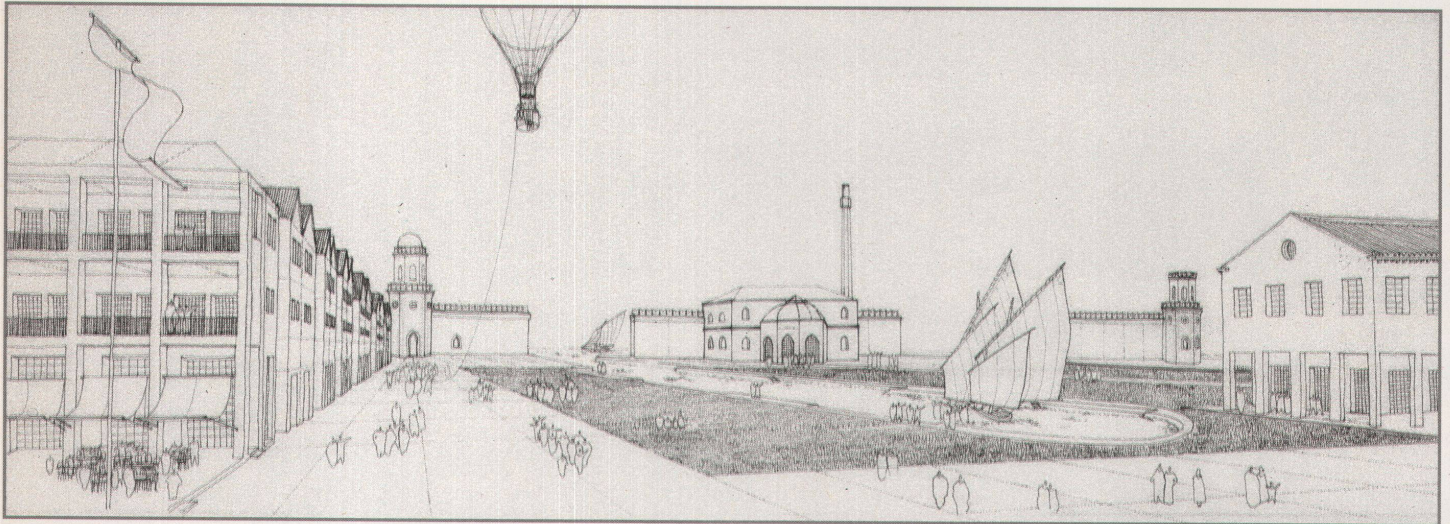
– Ein Pavillon, der an die Giardini angrenzt, wo die Biennale untergebracht ist, sollte der längst dringenden Erweiterung der Kunstausstellung dienen. Hier hätten auch Ateliers und Wohnraum für Künstler und Kunststudenten Platz gefunden.

– Im Wasserbecken, das zum Expo-Spektakel gehört hätte, sollte nach der Ausstellung der neue Bootshafen, den die Lagunenstadt dringend benötigt, untergebracht werden.

Jetzt auch keine «Touristenrationierung»?

Besonders ärgerlich für die Expo-Initianten: Ihr Projekt scheiterte ausgerechnet an jenem Aspekt, zu dem sie sich Originelles hatten einfallen lassen: der Erschließung der Stadt und der Ka-

ch ohne Expo 2000



Piazzale dei Bacini: Links Neubauten, wie sie für die Expo, aber auch für danach vorgesehen waren.

nalisierung der Besucherströme. Wo heute bloss die Brücke von Mestre den ganzen Touristenstrom via Bahnhof auf den Canal Grande und seine drei Hauptanlegestellen lenkt, hatten sie einen neuen Zugang geplant. Vom Tessera-Gebiet, wo der Flughafen steht, sollte ein Pendelschiff durch die Lagune direkt das Arsenal ansteuern. Damit wäre der nordöstliche Teil der Insel als Einfallstor akti-

viert und die Innenstadt entlastet worden.

Und schliesslich sollte im Jahr 2000 endlich der schon seit langem diskutierte Numerus clausus für den Besuch Venedigs wahr gemacht werden. Die Insellage der Stadt mit ihren wenigen leicht kontrollierbaren Zugängen bietet sich geradezu an für eine Rationierung der Touristen und Touristinnen. Dafür wäre kein riesiges Polizeiauf-

gebot nötig, sondern bloss ein elektronisches Buchungssystem, wie es bei der Van-Gogh-Ausstellung in Amsterdam schon heute funktioniert. Die entsprechenden logistischen Vorstudien hat ein Mathematikerteam der Universität Venedig zum Expo-Projekt beigesteuert.

Eigentlich ist es ein Jammer, dass kaum jemand das Projekt wirklich gelesen hat. Und vielleicht ein Glück,

dass die Expo-Planer nicht resignieren. Sie gaben nach der Absage ein Weissbuch heraus, in dem sie noch einmal zusammenfassten, was seit 1988 in mehr als 30 Arbeiten zum Thema veröffentlicht worden ist. Ein Kernsatz aus dem umfangreichen Werk sei zitiert: «Wird die Expo nicht gemacht, dann muss man ein neues Ereignis erfinden, das die Aufgaben, die Entscheidungen, die kollekti-

ven Verhaltensweisen und die Finanzen auf ein präzises Datum hin vereinigt.» Banaler gesagt: den mittlerweile weltweit als wirksam anerkannten Effekt «Mondiale 90» im Jahr 2000 wiederholen. Diesmal nicht, um ein Spektakel vorzuführen, sondern um die schönste Stadt der Welt endlich aus ihrer mit Inbrunst zelebrierten Untergangsmelancholie zu befreien.

SILVANA SCHMID ■

«Ça bouygues»

Das Management der Bau-firma Losinger hat sich für den französischen Giganten Bouygues und gegen die Stuaag entschieden.

Der aggressive Bauriese Bouygues sei in der Schweiz sehr aktiv, schrieb «HP» in einem Beitrag über die Besitzverhältnisse bei den grossen Bauunternehmen (Nr. 1/2, Januar). Jetzt hat sich der nach eigenen Angaben weltgrösste Baukonzern mit Losinger die schweizerische Nummer 3 (hinter Marti und Zschokke) geschnappt. «Ça bouygues», kommentierte ein Beobachter die Bewegung in der Branche.

Eigentlich hatten die beiden bisherigen Losinger-Hauptaktionäre Enserch Corporation und Schweizerische Bankgesellschaft das Unternehmen bereits an die Schweizer Konkurrentin Stuaag verkauft. Doch dann legte sich das oberste Losinger-Management plötzlich quer. Weil ihm dank einer von Bouygues scheinbar eingeräumten Schonfrist die eigenen Posten und Gärten bei der französischen Lösung wohl besser gesichert schienen, soll es mit dem Rücktritt gedroht haben, was zum Verzicht der Stuaag führte. Diese Haltung zeugt nicht gerade von langfristigem Denken. Bouygues ist jedenfalls

nicht als besonders rücksichtsvoller Unternehmer bekannt.

Zur Losinger-Gruppe gehören u. a. auch die Bauunternehmen Fietz + Leuthold (Zürich), Prader (Zürich und Chur), Hediger (Rapperswil) und Moos (Biberist). Ausserdem auch die VSL International AG, welche gegen einen Drittel zum Konzernumsatz beisteuert. Dieser betrug letztes Jahr 756 Millionen Franken und wurde von gut 4000 Beschäftigten erarbeitet. Für die ausländischen Baukonzerne ist der Schweizer Markt vor allem wegen der vielen anstehenden Grossprojekte im Tiefbau interessant.

AK ■

Lang am Ende

Die Möbellandschaft bleibt in Bewegung: Totalliquidation bei Möbel Lang, bei Möbel-Tschäppät in Zürich und bei der Filiale Chur von Möbel Buob.

Die 1836 gegründete Möbel Lang gehörte zu den Einrichtungshäusern mit nationaler Bedeutung. Bereits seit längerem wurde sukzessive abgebaut. Standen vor 4 bis 5 Jahren 100 bis 120 Leute auf der Lohnliste des Möbelhauses, so sind jetzt von der Schliessung noch rund 50 Beschäftigte betroffen. Mitte Juni wurde der Firma Nachlassstundung gewährt, und gegenwärtig wird liquidiert. Als Grund für das Ende nennt Ueli Bieri, welcher Rolf Lang als Geschäftsleiter abgelöst hat, neben der allgemeinen Umstrukturierung

im Möbelhandel (siehe «HP» Nr. 3, 1990) vor allem Probleme in der Familiengesellschaft.

Bei Möbel-Tschäppät, nach eigenen Angaben «ein gesundes Unternehmen», haben die schwere Erkrankung des Besitzers und damit verbunden Nachfolgeprobleme die Geschäftsaufgabe verursacht. Die Totalliquidation der Churer Filiale von Möbel Buob schliesslich ist gemäss Alleinaktionär Bernhard Buob einzig auf eine für ein Möbelgeschäft nicht mehr bezahlbare Mietzinsverdoppelung zurückzuführen. Möbel Buob verfügt neben dem Hauptgeschäft in Marbach im Rheintal noch über eine Filiale in St. Gallen und über eine Möbelfabrik (Dammann AG) in Wiezikon bei Sirmach TG.

AK ■

SG-Kantonsgericht: Verschandelung verhindert

Aufatmen in Architektenkreisen: In einem Pionierentscheid hat das St. Galler Kantonsgericht die Urheberrechtsklage des ehemaligen ETH-Professors Walter Custer geschützt.

Custer hatte sich gegen die Verschandelung seines 1960 gebauten Sekundarschulhauses «Burgerau» in Rapperswil SG durch ein wenig Rücksicht zeigendes Umbauprojekt gewehrt («Hochparterre» hat bereits auf weitere vergleichbare Beispiele aufmerksam gemacht). Der Custer-Bau, Paradebeispiel eines luftig-kühlen Funktionalismus und wegen seiner klaren Formensprache gelobt, sollte anstelle des Flach- ein Giebeldach erhalten. Ausserdem drohte eine Verkleinerung der Aussenwände – fraglos eine weitgehende Zerstörung des Baus. Dies gab sogar der Anwalt der Sekundarschulgemeinde zu – und leitete daraus ab, dass der Schöpfer deshalb auch keine urheberrechtlichen Ansprüche mehr geltend machen könne. Dies sei nur bei einer «Bearbeitung», nicht jedoch bei einer «freien Benutzung» des Originals zulässig.

Dieser Argumentation, die wohl bei Werken aus Litera-

tur und Musik sinnvoll ist, wo das Original auf jeden Fall bestehen bleibt, kaum aber bei den Unikaten der Architektur, folgte das Kantonsgericht nicht. Dies wäre denn auch einem Freipass für die Verunstaltung zahlreicher öffentlicher Zeugen der Baukultur der heute (noch) wenig geschätzten fünfziger und sechziger Jahre gleichgekommen. Das St. Galler Urteil lehrt Respekt vor dem architektonischen Erbe, auch wenn dieses nicht gerade Konjunktur hat. Den Richtern erleichterte der Umstand den Entscheid, dass mehrere Alternativvorschläge für den Umbau vorlagen und es um keine allzu grosse Bau- summe (gut 1 Million Franken) ging.

Dass die Interessenabwägung zwischen dem Verfügungsrecht der Schule und dem Persönlichkeitsrecht des Schöpfers zugunsten der Architektur ausfiel, freut auch den St. Galler Heimatschutz, der gegen den umstrittenen Umbau in der Rosenstadt ebenfalls Einsprache erhoben hatte. Noch offen ist, ob im Rapperswiler Schulhausstreit auch noch das Bundesgericht bemüht wird. Das Urteil folgt erst, «HP» bleibt am Ball.

RALPH HUG ■



FOTO: WERNER PETER

FINGERZEIG

Mehrwerte für schwache Nutzungen

Planungsentscheide sind für die betroffenen Grundeigentümer oft schicksalhaft; entweder werden Vermögenseinbusen ausgelöst, die in grossem Ausmass einfach wehrlos hingenommen werden müssen, oder – und davon soll hier die Rede sein – es werden Mehrwerte geschaffen, die sich auf keinerlei Leistungen des Eigentümers abstützen. Dies ist ungerecht; deshalb hat auch der Bund immerhin schon vor zehn Jahren die Kantone verpflichtet, den Vor- und Nachteilsausgleich gesetzlich zu regeln, was indessen fast in der ganzen Schweiz unterblieb.

Die bessere Lage erzielt den höheren Bodenpreis. Das wirtschaftlich stärkere Unternehmen, der einkommensstärkere Bewohner kann sich die bessere Lage leisten. Die wirtschaftlich Schwächeren werden verdrängt. So entmischt sich die Stadt. Wenn für eine gesunde Verflechtung ökonomisch starker und schwacher Nutzungen nichts unternommen wird, verliert die Stadt das, was sie kennzeichnet und was wir schätzen: die lebendige Vielfalt, die wir als Heimat empfinden.

Dort, wo durch Raumplanungsentscheide eine Steigerung

des Bodenpreises ausgelöst wird, bietet sich in der Praxis oft die Gelegenheit, solche Planungsmehrwerte umzulagern und an Nutzungen zu binden, die im Interesse einer gesunden Stadtentwicklung liegen. Entscheide, die für den Eigentümer günstig und von ihm gewünscht werden, können in solchen Fällen sehr wohl davon abhängig gemacht werden, dass der Grundeigentümer einen Teil des Planungsmehrwerts Nutzungen zukommen lässt, für die der betreffende Standort sonst zu teuer ist.

Welche sind nun solche ökonomisch schwachen Nutzungen, die hier im Vordergrund stehen?

- Wohnungen auf verbilligtem Land.
- Handwerk und lokales Gewerbe.
- Räume für kulturelle Zwecke.
- Zusätzliche Flächen für den ökologischen Ausgleich
- Finanzierung der Detailerschliessung mit öffentlichem Verkehr des betreffenden Gebiets.

Je nach Gebiet und ökonomischen Randbedingungen wird das Schwergewicht anders gelegt werden müssen. Auch ist es leichter, bei grösseren Vorhaben die Planungsmehrwerte umzulagern als in Gebieten mit vielen Eigentümern, von denen manche gar nicht an einer Aufwertung interessiert sind. Damit die Mehrwertumlagerung und -bindung nicht auf jene Fälle beschränkt bleibt, bei denen die Aufwertungsinteressen klar zutage treten, braucht es eine gesetzliche Regelung zur Milderung der Ungerechtigkeit des Bodenrechts.

Bis es soweit ist, sollte jede Möglichkeit ergriffen werden, Planungsmehrwerte dort, wo sie entstehen, umzulagern und für eine ausgewogene Stadtentwicklung an Ort und Stelle nutzbar zu machen. Gelegenheiten dazu gibt es; sie aufzuspielen und zu nutzen ist Aufgabe von Planern und Behörden.

MARTIN STEIGER

Martin Steiger ist Planer/Architekt in Zürich und Mitinhaber der Firma Planpartner.



FOTO: RALPH HUG

Architektonisches Kunstturnen

Also doch! Der Beirat, ein Viermännnergremium, das sich über den Bahnhof Südwest in Zürich beugte, kam zum Schluss: So unrecht hatten die Kritiker nicht, die dem Projekt vor der Abstimmung im September 1988 die Fladenkrankheit vorwarfen. Der Beirat schlägt in seinem Bericht vor, die «amorphe Bau-masse» zu gliedern.

Was gestern noch hervorragend war, ist heute ein Irrtum. Wer vor zwei Jahren als Bauverhinderer und Wirtschaftsfeind gescholten wurde, ist nun ein Klardenker. Wir hätten das alles einfacher haben können, wenn

die Kritik des Baukollegiums (beratende Kommission des Stadtrats in architektonischen Fragen) nicht einfach unter den Tisch gewischt worden wäre.

Das Projekt von 1988 war der Nullvektor aller Kräfte, die daran beteiligt waren. Eine lange und mühselige Planungsgeschichte hatte einen Tafelberg geboren. «Unmassstäblich und damit städtebaulich untragbar lässt das Projekt, das sich mit burgartiger Arroganz aus den angrenzenden Quartieren heraushebt, die gebotene Rücksichtnahme auf die gewachsene Bausubstanz der angrenzenden

Quartiere vermissen» (Beirat).

Was tun? Abspecken und gliedern. Noch 220 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche oder 9,1 Prozent weniger als beim Abstimmungsprojekt, den zusammenhängenden Fladen in klar erkennbare Einzelstücke zerschneiden (vgl. Abb.).

Doch so einfach ist die Übung nicht. Es gilt, weitere Volksabstimmungen zu verhindern, und das bedeutet: Der angenommene Gestaltungsplan ist tabu. Allerdings: «Dass der vorliegende Gestaltungsplan den Projektierungsspielraum

beklemmend einengt, ist darauf zurückzuführen, dass die Bauherrschaft dem Gestaltungsplan ein sehr konkretes Projekt zugrunde legte. Die Nutzungs- und Bauvorschriften sowie die Mantellinien wurden auf ein Projekt abgestimmt; die abstrakten Vorschriften folgen dem Projekt und nicht umgekehrt.» Beim Abfüllen des neuen Weins in einen alten Schlauch darf kein Tropfen daneben gehen.

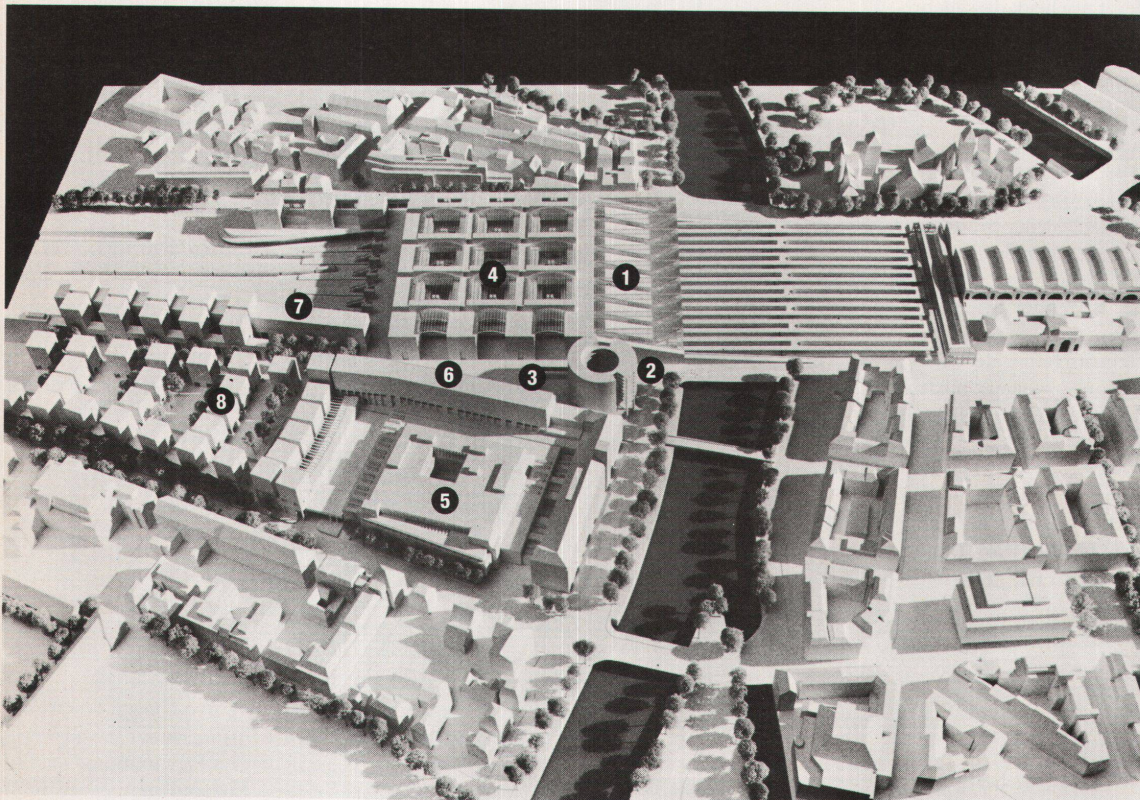
«Ein in das nächste Jahrtausend weisendes Projekt darf keine Kompromisslösung sein», stellten die Architekten Ernst Gisel, Alberto Ca-

menzind, Herbert Fecker und der Baujurist Peter M. Trautveter, die Mitglieder des Beirats, fest. Ich reibe mir die Augen. Wie kann man den Gestaltungsplan einhalten und zugleich kompromisslos sein? Wahrlich ein Kabinettstück im architektonischen Kunstturnen!

Herausgekommen ist erstaunlich viel. Das neue Konzept ist weit besser als das alte Projekt. Vom Einkaufszentrum mit Geleiseanschluss wurde ein Schritt zu einem Bahnhof gemacht. Endlich wissen wir, wo das Wichtigste stattfindet: im Reiterbahnhof über den Geleisen. Der Hotelurm, der aus Rücksicht auf den Gestaltungsplan zu niedrig ist, markiert den neuen Bahnhofseingang. Aus der sinnlos gewordenen grossen Halle wurde ein neuer Stadtplatz.

Trotzdem bleibt das Ganze unbefriedigend. Der Gestaltungsplan bleibt spürbar. Und einen Wurf lässt der nicht zu. Wie aber sähe ein Projekt aus, das ohne die Fesseln des Gestaltungsplanes entworfen worden wäre? Denn dass dieser Gestaltungsplan nur ein architektonisches Hindernis ist, ist nun bewiesen. Die Bauherrschaft hat den Mut gehabt, das Projekt einigermaßen elegant aus dem Verkehr zu ziehen. Sie müsste sich auch noch aufraffen, den Gestaltungsplan in die Schublade zu legen. Denn was wir heute vor uns haben, ist immer noch kein «ins nächste Jahrtausend weisendes Projekt». Es bleibt eine Zangengeburt.

BENEDIKT LODERER ■



Der Bahnhof Südwest nach den Vorstellungen des Beirats:

- 1 Reiterbahnhof mit grosser Glashalle
- 2 Hotelurm
- 3 Stadtplatz
- 4 Dienstleistungen
- 5 Erweiterung Sihlpost (im Bau)
- 6 Dienstleistungen
- 7 Migros-Klubschule
- 8 Wohnsiedlung Lagerstrasse

Seit 25 Jahren Pioniere

Metron-Projekte – preisgünstiger Wohnungsbau, Umnutzungen, Verkehrsberuhigung – machen vielleicht nicht mehr so oft Schlagzeilen wie in den Gründerjahren. Die Pioniere aus Brugg-Windisch sind aber nach wie vor dabei, im ursprünglichen Bereich Architektur, in der Raum- und Verkehrsplanung, seit nicht ganz so lang auch in der Landschaftsplanung. Eine Pioniertat war ja auch damals, 1965, die Gründung der Metron als selbstverwalteter Betrieb mit sehr weitgehender Mitbestimmung. Diese Struktur, aufgeteilt in fünf Produktionsbetriebe

unter dem Dach einer Holding, besteht nach wie vor, über 70 Prozent des Aktienkapitals sind in den Händen aktiver oder (20 Prozent) ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zurzeit sind es 93 an der Zahl, davon über die Hälfte unter 33 Jahren, also nicht viel älter als ihre Firma. Kein Wunder, dass das Vierteljahrhundert-Jubiläum nicht mit grossem Pomp, sondern mit einem Kulturprogramm für die Bevölkerung gefeiert worden ist. Das noch um einiges jüngere und naseweisere «Hochparterre» gratuliert herzlich! HP ■

Rothorn: Roger Diener

Der Basler Architekt Roger Diener hat alle Chancen, auf dem Parpaner Rothorn die erste «Seilbahnstation der neuen Generation» in der Schweiz («HP» berichtete darüber in Nr. 5/90) zu bauen: Er gewann den Wettbewerb für das neue «Panoramarestaurant mit audiovisuellem Teil», das nicht nur eine Abfütterungsanstalt, sondern ein kleiner hochalpiner Unterhaltungspark sein will. Die Wettbewerbsjury, der als

Fachrichter Aurelio Galfetti, Jacques Herzog und Florian Vischer angehörten, wählte einstimmig Dieners Vorschlag, weil er in seiner Einfachheit die Natur nicht dominieren wolle. Die Projekte sind vom 23. August bis 13. September in der «Art Galerie Lai» in Lenzerheide ausgestellt. Pläne für neue Bergstationen mit prominenter Architektur bestehen auch im Bleniotal und auf Crap Sogn Gion (Laax). HP ■

Designpreis Schweiz

Vor zwei Jahren hat die Solothurner Kantonalbank einen kantonalen Designpreis ausgeschrieben und an der Präsentation verkündet, dass künftig ein Designpreis Schweiz ausgeschrieben werde («HP» 7/89). In der Zwischenzeit ist die Trägerschaft dafür entstanden. Wichtiges Kennzeichen: die öffentliche Hand will sich in der Designförderung engagieren. Die Kantone Solothurn und Bern, der Designers' Saturday Langenthal und der Verband der Industriedesigner (SID) schreiben im Verein mit Städten, Unternehmen und den zwei Zeitschriften «Hochparterre» und «L'Hebdo» den Preis aus. Er wird anlässlich des Designers' Saturday in Langenthal am 3. November mit grossem Trara lanciert werden.

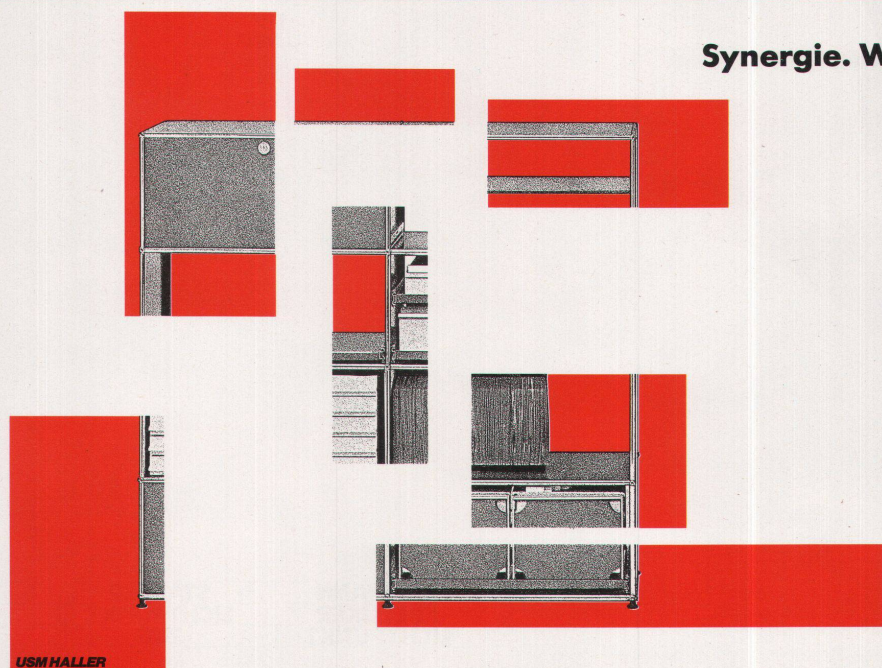
Vorgesehen sind folgende Kategorien: Erstens Produkte: Das sind Konsum- und Investitionsgüter, die

schon erhältlich sind. Zweitens Projekte: Vorhaben und Ideen von Gestalterinnen und Gestaltern, die als Ideen reif, aber noch nicht umgesetzt sind. Hier ist Spielraum, um einen engen, an die Ware geklebten Designbegriff zu sprengen. Für Klassen- und Einzelarbeiten von Gestaltungsstudentinnen und -studenten wird in dieser Kategorie der Willy-Guhl-Preis, benannt nach der Gallionsfigur der Schweizer Produktgestaltung, ausgeschrieben. Zwei Auszeichnungen im Designpreis Schweiz werden berufen. Erstens Verdienste: Eine Institution oder eine Person, die sich um Gestaltungsförderung bemüht hat, wird geehrt. Und zweitens Unternehmen. Ein Unternehmen, öffentlich oder privat, das sich um Gestaltung sorgfältig und umfassend kümmert, wird gelobt und ausgezeichnet. Auch hier gilt Design

als offener Begriff: Vom Maschinenbauunternehmen bis zum Kur- und Verkehrsverein wird die Jury auf die Suche gehen.

Ausgeschrieben wird dieses Jahr, prämiert zum erstenmal im nächsten Jahr. Dann soll der Preis alle zwei Jahre wiederkehren. In einer Ausstellung und einem Katalog werden die ausgezeichneten Arbeiten vorgestellt. Finanziert wird die Veranstaltung von der öffentlichen Hand und von privaten Sponsoren. Organisiert wird sie von Walter Steinmann von der Wirtschaftsförderung des Kantons Solothurn, Andreas Brand von der solothurnischen Handelskammer, Thomas Schönberger von der Solothurner Kantonalbank, Lorenz Klotz vom Verband der Industriedesigner SID, Köbi Gantenbein vom «Hochparterre» und Enrico Casanovas vom Designers' Saturday. GA ■

Synergie. Weil konstruktiv. Von USM Haller.



wohnbedarf

wb projekt ag

Wir gestalten Büros

Zürich
Talstr. 11-15, Tel. 01-211 95 95
Baden
Bahnhofstr. 20, Tel. 056-2118 88